

IUHAS-Fraktion, c/o Michael Schäfer,
Karlstr. 16, 64665 Alsbach-Hähnlein

Vorsitzenden der Gemeindevertretung
Herrn Helmut Schmid
Bickenbacher Str. 6
- Rathaus -
64665 Alsbach-Hähnlein

Alsbach-Hähnlein, den 21.09.2010
Antrag AVII/021

47. Sitzung der Gemeindevertretung am 5. Oktober 2010
hier: Resolution zur beabsichtigten Laufzeitverlängerung des AKW Biblis

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktion der IUHAS bittet Sie, nachstehenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung der Gemeindevertretung am 5. Oktober 2010 zu nehmen:

Antrag

Die Gemeindevertretung möge erklären:

Die Gemeindevertretung von Alsbach-Hähnlein nimmt mit Unverständnis zur Kenntnis, dass die Bundesregierung am 5. September 2010 im Rahmen einer Vereinbarung mit den vier größten Stromkonzernen beschlossen hat, das Atomgesetz aus dem Jahr 2002 derart zu ändern, dass das Atomkraftwerk Biblis mit den Blöcken A und B wesentlich länger in Betrieb bleiben soll. Damit wird der zwischen der früheren Bundesregierung und den Energieerzeugern ausgehandelte Atomkonsens, der ursprünglich die Abschaltung von Biblis Block A im Jahre 2007 und Block B im Jahr 2009 vorsah, in unverantwortlicher Weise außer Kraft gesetzt.

Zum Schutz der Bevölkerung fordert die Gemeindevertretung an dem ursprünglichen Ausstiegsszenario festzuhalten und insbesondere das AKW in Biblis abzuschalten.

Eine Verlängerung der Betriebszeiten des AKW Biblis – nach der getroffenen Vereinbarung kann dies für Biblis eine Verlängerung um bis zu 16 Jahren bedeuten - ist in Anbetracht des Alters und der nachgewiesenen Störanfälligkeit des AKW Biblis nicht hinnehmbar und stellt eine stetig steigende Gefährdung für die Bevölkerung unserer Gemeinde dar. Das AKW Biblis entspricht nicht mehr dem Stand der heutigen Technik. So ist es wegen der nur 60 cm dicken Betonhülle z.B. gegen Flugzeugabstürze nicht ausreichend gesichert, eine externe Notstandswarte fehlt gänzlich. Alsbach-Hähnlein liegt im unmittelbaren Gefahrenbereich des AKW Biblis. Erschwerend kommt hinzu, dass die Frage der Endlagerung der radioaktiven Abfälle aus allen

deutschen Kernkraftwerken ungeklärt ist. So wird die Zukunft der nachfolgenden Generationen belastet und gefährdet.

Daher muss der sogenannte Atomkompromiss vom 5. September 2010 umgehend zurückgenommen werden. Er darf nicht Gesetz werden. Die Gemeindevertretung Alsbach-Hähnlein verurteilt, dass die derzeitigen Regierungen in Hessen und im Bund den wirtschaftlichen Interessen der AKW-Betreiber Vorrang vor der Sicherheit der Bevölkerung einräumen. Wegen kurzfristiger hoher Gewinne der Energiekonzerne wird offensichtlich eine langjährige und steigende gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung in Kauf genommen.

Die Gemeindevertretung Alsbach-Hähnlein fordert die Hessische Landesregierung und die Bundesregierung daher auf, das AKW Biblis wie ursprünglich geplant still zu legen und zugleich eine zukunftsweisende und nachhaltige Energiepolitik auf Basis regenerativer Energiequellen in Verbindung mit verbrauchernaher Energieerzeugung aktiv zu betreiben.

Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich.

Hochachtungsvoll

Michael Schäfer
Fraktionsvorsitzender